

Nebröer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebrö — Bantverein Arten.

Nr 13

Donnerstag, den 29. Januar 1931.

44. Jahrgang

Parlamentarischer Auktakt.

Die kommenden Verhandlungen

Berlin, 27. Januar
Nachdem der Reichstanzler Dr. Brüning und der Reichsaussenminister Dr. Curtius nun wieder nach Berlin zurückgekehrt sind, wird die Reichsregierung die letzte Woche vor dem Zusammentritt des Reichstages dazu benutzen, um einmal die wichtigsten gelegentlichen Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und zum anderen die parlamentarische Erledigung ihrer Arbeiten vorzubereiten.

Inzwischen hat ja auch bereits eine Fühlungsnahme mit den einzelnen Parteien stattgefunden.

Die Befragungen werden fortgesetzt werden. Um besonders wird noch eine Befragung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei stattfinden und in politischen Kreisen wird angenommen, daß die Volkspartei der Reichsregierung durch Mitteilung macht, welche Sperrmöglichkeiten sie bei dem 300 Millionen-Antrag im Auge hat. Die Gerichte, daß Dingeldey bei seiner ersten Fühlungsnahme mit Reichstanzler Dr. Brüning persönliche Veränderungen im Kabinett gewünscht hat, dürfte unzutreffend sein.

Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatten am Montag eine Befragung mit dem Reichstanzler Dr. Brüning über die von den Sozialdemokraten beantragte Staffellung bei der Kürzung der Beamtengehälter.

Zwischen den Parteien selbst wird voraussichtlich im Laufe der Woche eine engere Fühlungsnahme stattfinden, bei der die vom Reichstagspräsidenten Löbe formulierten Anregungen zur Parlamentarismoreform erörtert werden sollen. Dabei wird u. a. auch zur Debatte gestellt, daß, ähnlich dem Beispiel in den anderen Staaten, Anträge, die finanzielle Aufwendungen erfordern, nur dann gestellt werden dürfen, wenn gleichzeitig damit Anträge verbunden sind, die die Deckung dieser Ausgaben vorsehen.

Weiter gehen die Pläne dahin, Maßnahmen zu treffen gegen den Mißbrauch der Immunität durch Reichstagsabgeordnete, die gleichzeitig als verantwortliche Redakteure zeichnen und auf diese Weise ihre Blätter dem gesetzlichen Zugriff entziehen.

Die Beratung des Disziplinesgesetzes wird im engen Zusammenhang mit der Erörterung stehen, und im besonderen wird das Schicksal des Disziplinesgesetzes davon abhängen, ob der Reichshaushalt für 1931 eine parlamentarische Erledigung findet, oder ob er durch Notverordnung erlassen werden muß. Im Falle der parlamentarischen Erledigung wird sich, wie der Finanzminister schon selbst angeündigt hat, eine größere Basis für die Disziplinesgesetze, und zwar vom Jahre 1932 ab, es wird im wesentlichen also von der Randolf-Partei abhängen, ob sie sich entschließt, dem Etat zuzustimmen, um auf diese Weise eine vergrößerte Disziplin zu schaffen.

Die Kabinettsbildung in Paris

Paris, 28. Januar.

Caval hat seine Befragungen fortgesetzt und hintereinander die Führer fast sämtlicher Kamergruppen sowie verschiedene Senatoren empfangen. Aus den Erklärungen, die sowohl Caval selbst als auch verschiedene Parlamentarier abgegeben haben, geht hervor, daß an eine geschlossene Mitarbeit der Radikalsozialisten in der neuen Regierung nicht zu denken ist.

Andererseits besteht jedoch Aussicht, daß ein Teil der Gruppe Daladier bereit ist, die Regierung zu unterstützen. Auch kann Caval mit der Mitarbeit der radikalsozialistischen Senatoren rechnen, die der Disziplin der Parteigruppen nicht unterworfen sind. Es scheint daher nicht ausgeschlossen, daß in der neuen Regierung einige radikalsozialistische Persönlichkeiten vertreten sein werden, wie das bekanntlich bereits im Kabinett Tardieu der Fall war.

Die Ministerliste.

Das Kabinett Caval legt sich aus folgenden 18 Ministern und 11 Unterstaatssekretären zusammen:

- Ministerpräsident und Innenminister: Pierre Caval,
- Außenminister: Léon Berard,
- Außenminister: Alfred Briand,
- Finanzminister: Pierre Etienne Flandin,
- Wirtschaftsminister: Dietri,
- Kriegsminister: Maginot,
- Kriegsmarineminister: Charles Dumont,
- Unterrichtsminister: Nacio Roufan,
- Ministerium für öffentliche Arbeiten: Deligne,
- Sandets- und Wirtschaftsminister: Rollin,
- Landwirtschaftsminister: Rollin,
- Solonatminister: Paul Reynaud,
- Arbeitsminister: Landry,
- Pensionsminister: Champetier de Ribes,
- Luftfahrtminister: Dumesnil,
- Gesundheitsminister: Blaisot,
- Sandetsmarineminister: de Chappedelaine,
- Postminister: Guentier.

Tardieu in neuer Auflage.

Das Reichskabinett Caval.

Der kurze Bestand des Kabinetts Steeg ist im wesentlichen auf die Widerstände und auf die Quertreibereien zu

rückzuführen, die aus dem Kreise Tardieus gegen diesen Verzicht eines Anlaufes zur Bürgerlichen Konzentration von Anfang an in Szene gesetzt wurden, und die bei der ersten ernsthaften Belastungsprobe zum Scheitern führten. Es ist auch durch einen neuen Standal verstärkt war, das Kabinett in die Minderheit brachte.

Nach einigen vergeblichen Versuchen, den Gedanken der Konzentration der bürgerlichen Parteien zu retten, ist nun ein neues Reichskabinett zustande gekommen unter Führung Cavals und unter Betreuung bewährter alter Politiker mit den wichtigsten Reformaten.

Die sehr umfangreiche Ministerliste, die bei der auch die Besetzung der Unterstaatssekretariate mit zu beachten ist, fordert den Vergleich mit der Liste des Kabinetts Tardieu direkt heraus, und dieser Vergleich legt, daß die Regierung Tardieu in überdies etwas abgeänderte Form wiederaufzurufen ist.

Unmittelbar vor der Bildung dieses Kabinetts hatte Caval noch einen Versuch gemacht, die Radikalen für sich zu gewinnen, und er hatte ihnen in sozialpolitischer und futuristischer Hinsicht sehr weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Die grundsätzliche Gegnerchaft der radikalen Partei gegen die republikanisch-demokratische Gruppe Marin aber hat diesen Versuch scheitern lassen, und mit schneller Wendung hat sich Caval dann ausschließlich auf die Kreise der Rechten zurückgezogen. In der Liste seiner Mitarbeiter erscheint Tardieu als Referatsminister, aber die Funktion, die er tatsächlich in diesem Kabinett einnehmen wird, ist doch wohl eine erheblich bedeutendere.

Briand ist Außenminister geblieben, das Kriegsministerium liegt in den Händen von Maginot, die Finanzen verwalter wieder Flandin, und sonst sind die Änderungen in der personellen Zusammenlegung gegenüber dem früheren Kabinett Tardieu im wesentlichen durch zwei Tatsachen bedingt: einmal durch die Wechseltardieu an denjenigen seiner früheren Mitarbeiter, die sich Steeg trotz der Unterbreicherung Tardieus zur Verfügung gestellt hatten und nun vor die Tür gesetzt werden, und zum anderen durch die Notwendigkeit, eine Reihe von Persönlichkeiten auszubooten, die durch den Duitric-Standal in allzu peinlicher Weise belästigt worden sind.

Angehts der einseitigen Rechtsorientierung des neuen Kabinetts wird der parlamentarische Kampf in Frankreich mit erneuter, ja mit gesteigerter Heftigkeit entbrennen.

Die Bemühungen aller einseitigen Politiker gingen darauf hinaus, diesen Kampf einzuschränken und die Kräfte für die schweren Aufgaben sozialpolitischer, finanzieller, wirtschaftlicher und kultureller Art zu sammeln, vor denen Frankreich steht. Diesem Ziel sollte der Gedanke einer Konzentration der bürgerlichen Parteien dienen, der Gedanke, um den sich nach dem Sturge Tardieus maßgebende Politiker Frankreichs mit aller Entschiedenheit bemüht hatten, der aber dann schließlich in dem Kabinett Steeg nur eine teilweise und von vornherein unter dieser Halbsicht geschmälerte Lösung gefunden hat. An die Stelle der ererbten Berufung tritt nun neuer Kampf, und gute Ansätze sind gründlich zerstört worden.

„Nicht nur Sicherheiten“

... auch Angst vor der deutschen Industrie.

Einige Pariser Blätter, besonders das „Journal“ und das „Deuore“, zeigen sich über die deutsche Außenhandelsbilanz äußerst beunruhigt. Sie verlassen, ihre Teile zu befürchten, daß weder die Reparationslasten noch die Arbeitslosigkeit Deutschland in seiner Entwicklung behindern haben. Das „Journal“ schreibt u. a., das Ergebnis müße um so mehr unterstrichen werden, als es in einem Augenblick bekannt wurde, in dem man deutschseits immer wieder auf die Unhaltbarkeit des Youngplans aufmerksam machte. Interessant ist die Feststellung, daß der deutsche Außenhandel dank der Sachleistungen des Youngplans England überflügelt habe und nunmehr an die erste Stelle nach Amerika gerückt sei.

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist außerordentlich gesund, obwohl die Industrie nicht vollständig ausgegüht wurde.

Das Blatt fragt, welches die Macht Deutschlands wäre, wenn es seine Industrie voll beschäftigen würde. Die gleiche Frage wirft auch das „Deuore“ auf. Es verlangt die Einberufung einer internationalen Konferenz für die Einschränkung der Industrieproduktion. Man dürfe nicht vergessen, so betont das Blatt, daß die Friedensereignisse in vieler Hinsicht auch eine Kriegsgefahr in sich schließen. Wenn Brüning in seiner letzten Rede darauf hingewiesen habe, daß die Aufstellung eines Jahresplans notwendig ersehe, so könne man nur von einer Industrialisierung mit oder Gewalt sprechen. Diese könne für Deutschland unter Umständen sehr gefährlich werden.

„Der Sieg Polens“.

Die Warschauer Presse zum Genfer Ergebnisse.

Warschau, 27. Januar.

„Der Bericht des Bissersbundes ein voller Sieg Polens!“ so schreibt die polnische Presse zum Genfer Ergebnis. Das maßgebendste Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, findet

logar, daß der Bericht sich völlig mit dem polnischen Standpunkt deckt.

Mit besonderer Befriedigung hebt die polnische Presse allgemein hervor, daß in dem Ratsbericht weder von einem Sonderauschüß noch von einer Auflösung des Anstaltlichenverbandes in Oberfließen die Rede ist.

Die „Gazeta Polska“ erklärt folgendes: „Wie vorauszu sehen war, hat der deutsche politische Angriff, der unter dem Vorwand der Winterferienfrage gegen Polen geführt wurde, einen völligen Mißerfolg erlitten.“ Das Sammelblatt „Kurier Poranny“ begründet die Rede des Reichsaussenministers Curtius als das Maßstab eines Staatsmanns in einem großen Strafprozeß mit politischem Charakter. Der „Krauter Illustrirter Kurier“, der in diesem Kreise nicht fehlen darf, sieht sich veranlaßt, festzustellen, daß die deutschen Verträge, in denen ein polenfeindliches Gemütler zu entdecken, erfolglos geblieben seien. Die Dypnotischen Blätter beschränken sich zunächst lediglich darauf, die Genfer Beschlüsse kommentarlos mitzuergeben.

Regierungswechsel in England?

Das englische Kabinett vor dem Rücktritt.

London, 27. Januar.

Das englische Kabinett hat sich, wie Informationen der Londoner Presse besagen, zum Rücktritt und zur Ausschreibung von Neuwahlen entschlossen, falls am Mittwochabend getegentlich der zweiten Sitzung des neuen Gewerkschaftengesetzes das Unterhaus gegen die Regierung stimmen sollte.

Die Mehrheit der Arbeiterpartei über die Konföderation beträgt 26 Stimmen. Die Liberalen haben sich offiziell entschieden, an der Abstimmung nicht teilzunehmen, jedoch kann erwartet werden, daß eine gewisse Anzahl von 10 bis 15 den Einwendungen Sir John Simons gegen das Gesetz Gehör schenken und gegen die Regierung stimmen wird. Andererseits ist es möglich, daß auch eine gewisse Anzahl entgegen der von Lord George ausgegebenen Barole sich auf die Seite der Regierung stellt. Unter diesen Umständen ist der Ausgang der Abstimmung, die vielleicht eine der wichtigsten der gegenwärtigen Sitzungsperiode ist, sehr zweifelhaft. Die Regierung macht sich über den Ernst der Lage keine Illusionen, hofft aber natürlich auf eine ihr günstige Entscheidung, te es auch mit einer geringen Mehrheit.

Die Politik des Zentrums.

Für die Große Koalition. — Gegen die extremen Parteien.

Dortmund, 28. Januar.

Auf dem Parteitag der weisfälischen Zentrumspartei hielt der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, Dr. H e j, eine nichtauctore Rede über die innere Lage, über die Zusammenarbeit der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Landtags, ferner über die Stellung des Zentrums in der Koalitionsfrage und über das Verhältnis des Zentrums zu den Nationalsozialisten. Da die Rechte im Reichstag verlagte, habe sich Brüning, so erklärte er, auf die Sozialdemokratie stützen müssen, eine Zwangsausgleichung, an der man nicht vorbeikomme. Daß in Preußen das Zentrum noch mit der Sozialdemokratie in Koalition stehe und die früher bestehende Große Koalition gekündigt worden sei, liege nicht am Zentrum. Dies habe die Deutsche Volkspartei verhindert, die ihren Fehler auch mit der Zeit eingesehen habe. Die Mission des Zentrums lie, die militäre Linie einzuhalten, seine Aufgabe, im Interesse des Vaterlandes die beiden großen extremen Parteirichtungen auseinanderzuhalten.

Nach allen politischen Erfahrungen habe die Große Koalition die beste Basis für die politische Arbeit abgegeben. Das Zentrum habe sich bemüht, die Idee der Großen Koalition auch unter Dr. Brüning am Leben zu erhalten. Dieser Mission müße das Zentrum treu bleiben, so biete es am besten dem Vaterland.

Am Nationalsozialismus erblicke das Zentrum eine Gefahr für die katholischen Belange des katholischen Volkes. Der Nationalsozialismus sei ein Ausläufer der von den Deutschen nationalen gezeichneten antikatolischen Welle, gegen die man sich zu wehren müsse. Auf diese Aufgabe stelle sich das Zentrum ein.

Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es allen Zentrumsangehörigen zur unabwendbaren Pflicht gemacht wird, sich völlig eindeutig zum deutschen Gegenwartsstand zu betonen und mit härterer Eingabe am drängenden politischen Aufbau mitzuarbeiten. Dem Reichstanzler Dr. Brüning wird das Vertrauen ausgesprochen.

Aus dem Freistaat Thüringen.

Staatsminister Dr. Fric über seine Ministerlistigkeit.

Weimar, 27. Januar

Staatsminister Dr. Fric sprach in einer Rundgebung, die von den Nationalsozialisten aus Anlaß des einjährigen Bestehens der gegenwärtigen Thüringer Regierung veranstaltet worden war, über seine Ministerlistigkeit.

Bei allen seinen Maßnahmen habe er sich von dem Gedanken leiten lassen, daß die Voraussetzungen für die Befreiung Deutschlands der Zusammenfluß des ge-

Samen Volles in einen einseitigen Überfland, Abweh- und Freiheitswille sei.

Als besonders wertvoll und notwendig bezeichnet er, daß dieser neue Geist und Wille in die Herzen der Jugend verpflanzt werde. Mit Stolz könne er sagen, daß gerade bei der Jugend schon heute Erfolge in nationalsozialistischen Sinne zu beobachten seien. Der Mittelpunkt der nationalsozialistischen Politik sei die Jugend immer mehr mit dem Geist des Überflandes zu erfüllen, um in den Jahren der Latenz vorzubereiten, die dem deutschen Volk verlangt werden müßten, wenn es seine Freiheit wiedererlangen wolle.

Auch die religiös-fähliche Erneuerung sei ein Gebot der Stunde. Deshalb habe er die Schulgelehrte eingeleitet.

Dr. Fridl streifte sodann die Berufung des Rasseforschers Dr. Günther und des Baukünstlers Professor Schulze-Naumburg um dann seinen Fachberatern für ihre Mitarbeit Dank zu sagen. Hierbei wies er den Vorwurf der Antisemitismus zurück und erklärte, daß er trotz aller Verleumdung seine Fachberatern nicht zurückziehen werde, da Personalfragen für die Nationalsozialistischen Nachfragen seien. Die ungeheure Aufgabe, die sich die Nationalsozialisten in der Befreiung des deutschen Volkes gestellt hätten, sei in Thüringen zwar erst in den allerersten Anfängen, aber Millionen deutscher Volksgenossen hätte dieser Anfang mit neuer Hoffnung erfüllt.

Graf Bethlen in Wien.

Der Inhalt des neuen Freundschaftsvertrages.

Wien, 28. Januar.

Der gelegentlich des Besuches des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen in Wien unterzeichnete Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag zwischen Oesterreich und Ungarn umfaßt 22 Artikel.

Nach dem neuen Abkommen werden Streitigkeiten aller Art, die zwischen den beiden Staaten entstehen können und nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, einem gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Verfahren unterworfen, dem je nach den Umständen ein obligatorisches oder fakultatives Vergleichsverfahren voranzugehen wird.

Zuführend wurde Graf Bethlen vom Bundespräsidenten Miklas empfangen. In einer Begrüßung des ungarischen Ministerpräsidenten mit dem Reichkanzler Schöner wurden die bei den Zusammenkünften am Vormittag allgemein behandelten Fragen im einzelnen besprochen. Es handelt sich besonders um wirtschaftliche Fragen sowie um Fragen, die mit der kommenden Abrüstungskonferenz im Zusammenhang stehen. Am Abend fand beim Bundeskanzler Ender ein Essen statt. Die beiden Staatsmänner brachten Trinksprüche aus, in denen das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Staaten betont wurde.

Deutsche Tageschau.

Die Grüne Front beim Kanzler.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing in der Reichskanzlei im Beisein der Reichsminister Brüning und Treutwein den Grafen Kautzsch, den Präsidenten Brandes, die früheren Reichs Ernährungsminister Dr. Hermes und Dr. Fehr sowie den Professor Dr. Warmbold. In der eingehenden Aussprache wurde die Gesamtlage der deutschen Landwirtschaft durchgesprochen. Vom Reichskanzler wurde in Vorschlagsform mit den Vertretern der Landwirtschaft als Ziel der Aussprache bezeichnet, in gemeinamer Arbeit in einem Gesamtplan zu kommen, der der deutschen Landwirtschaft nicht nur vorübergehende Erleichterungen bringe, sondern auf lange Sicht die Grundlagen einer soliden Agrarwirtschaft schaffe.

Ausfall im preussischen Landtag.

Der preussische Landtag trat nach längerer Pause zu einem Wolligungsabschnitt zusammen, der bis zum 6. Februar dauern soll. Am Vorkonzert wurde auf Einladung des Ministerpräsidenten Braun beschlossene, den Hausbau im Landtag nach der von den Oppositionen zu verabschieden. Der Landtag selbst besteht über die preussische Gehaltsstärkungsordnung und die Gelegenheitsmäßig Neuordnung und Regelung der preussischen Reichsteuer. Am Mittwoch beginnt die zweite Beratung des Haushalts, und zwar beim Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Großer Lärm im Sächsischen Landtag.

Im Sächsischen Landtag, in dem die Haushaltsberatung fortgesetzt wurde, kam es gleich zu Anfang zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten und zu einer Unterbrechung. Der sozialdemokratische Redner Niebmann richtete gegen nationalsozialistische Führer heftige Angriffe, die die Nationalsozialisten als lächerlich bezeichneten. Als Schimpfparole hin und her flogen, verwies schließlich der Präsident den nationalsozialistischen Abgeordneten Dömlde aus dem Saale. Hierauf erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm, an dem sich auch ein Teil der Tribünenbesucher beteiligte. Der Präsident verließ seinen Stuhl und unterbrach die Sitzung.

Auslands: Reichstagswahl.

Für deutsch-fischische Regierungsallianz.

Auf einen Rongch der Fischischen Volkspartei sprach sich deren Führer, Minister Schramm, in entscheidender Weise für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen deutsch-fischischen Regierungsmehrheit aus. Er betonte, daß es notwendig sei, alle staatlichen und sonstigen Mittel zur Milderung der wirtschaftlichen Krise anzuwenden. Die landwirtschaftliche Krise habe auch in der Fischschonke tiefe in die industrielle Erzeugung eingegriffen und verheerende Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt.

Vorläufiges Wahlergebnis in der Sowjetunion.

Die nun vorläufigen Wahlergebnisse in der Sowjetunion acht hervor, daß bis jetzt 77 v. H. Kommunisten gewählt worden sind. In einzelnen Gebieten wurden sogar 95 v. H. Kommunisten gewählt. Besonders wurde beachtet, daß es im Kaukasus und in Turkestan trotz des scharfen Terrors der Partei doch gelungen ist, Vertreter der Großbauern zu wählen, die teilweise 8 bis 9 v. H. der Stimmen erhielten. Die Regierung wird im Laufe der nächsten Woche das Ergebnis aus der gesamten Sowjetunion veröffentlichen.

Kundgebung in Polen herabgesetzt.

Zur Bekämpfung der Landwirtschaftskrise in Polen hat die Regierung eine Herabsetzung der Preise für alle Arten von Kundgebungen um 11 bis 20 Prozent verfügt.

Curios beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing den Reichsaussenminister Dr. Curtius und nahm von ihm einen Bericht über die Tagung des Völkerverbundes entgegen.

Die Verteilung des Ramin-Prozesses in Moskau.

Die im Ramin-Prozess Verurteilten sind zur weiteren Verbüßung ihrer Strafe unter strenger Bewachung nach Moskau gebracht worden. Die Frage, ob die Verteilung als begnadigt werden, wird in diesen Tagen entschieden werden.

Die Freilassung Gandhis.

Optimismus in Regierungstreifen.

London, 27. Januar.

Der Biszönig von Indien hat die Freilassung Gandhis und der übrigen in Haft stehenden Führer der indischen Kongresspartei verfügt. Die Freilassung ist bereits erfolgt, und Gandhi hat das Gefängnis, in das er Anfang Mai des vorigen Jahres wegen Verletzung des Salzgesetzes überführt worden war, verlassen. Mit ihm sind auch die anderen Führer der Swarabhishten, an ihrer Spitze Nehru, Patel und Frau Naidu, wieder in Freiheit gesetzt worden.

Es handelt sich nicht um eine allgemeine Amnestie, sondern um einen Gnadenakt des Biszönigs gegenüber bestimmten Persönlichkeiten, der in dem Detret mit politischen Gründen motiviert wird. Der Biszönig erklärt nämlich, er wolle den Führern der an den Londoner Beratungen der Round Table-Konferenz nicht beteiligten Kongresspartei Gelegenheit geben, die Berichte über die Londoner Konferenz unbehindert zu prüfen.

Damit steht wohl auch im Zusammenhang die weitere Verfügung des Biszönigs, durch die das Verbot des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses aufgehoben wird, der seinerzeit wegen des Widerstandes gegen die indische Regierung als gefährliche Organisation unterdrückt worden war.

Der auf diese Weise deutlich gemachte Wunsch der indischen Verwaltung, für die weiteren Verhandlungen eine friedlichere Atmosphäre zu schaffen, wird in der öffentlichen Meinung Englands, wenn man von einigen radikal-imperialistischen Stimmen abläßt, ganz allgemein begrüßt. Wie sich die Stimmung in Indien unter der Auswirkung der Freilassung Gandhis und seiner Mitarbeiter gestalten wird, das wird erst abzuhellen sein, wenn die Führer der Kongresspartei selbst sich geäußert haben. Da sie dazu sich erst über die Ergebnisse der Londoner Konferenz unterrichten müssen, sind solche Äußerungen nicht von heute auf morgen zu erwarten, man sieht ihnen aber jedenfalls in beteiligten Kreisen mit einem gewissen Optimismus entgegen.

Aus der Umgegend

Neuba, 29. Januar.

— **Stadtorberratsbesitzung am 27. Januar.** Anwesend waren von Magistrat Herr Bürgermeister und Herr Franke, sowie 13 Stadtorberräte. (Tagesordnung siehe Neubaer Anzeiger Nr. 11.) Als erster Punkt stand Neuwahl des Büros aus der Tagesordnung. Die Arbeitsgemeinschaft der Kassen beantragte, diesen Punkt heute nicht zu verhandeln, weil die Sitzung sofort zu schließen, da Stadtorberräte Rosenhof, Vink Arbeitseigen, sein Amt niedergelegt hat und sie dadurch nur 6 Stimmen zur Verfügung hat. Der Vorkamer erklärt, daß die Neuwahl in der ersten Sitzung im Januar erfolgen hat. In der anschließenden Abstimmung legte die Verammlung den Antrag der Kassen abzugeben, mit 7 gegen 6 Stimmen ab. Darauf folgte die Wahl des Mann, und die Wahl konnte wegen Beschäftigungsfähigkeit der Verammlung nicht erfolgen. Danach gab der Vorkamer bekannt, daß am 29. Dezember 1930 eine Ratensession stattgefunden hat, wobei die Kasse in Ordnung gebracht wurde und daß die Regierung den Antrag der Stadt auf Einrichtung einer überplanmäßigen Lehrstelle zum 1. April 1931 entprochen hat. Wegen der Benennung der neuen Straße am Reinsborfer Wege war man geteilter Meinung. Der Magistrat schlug den Namen „Gartenstraße“ vor. Stadtorberräte Schmidt wünschte sie „Eberstraße“ zu benennen und Stadtorberräte Jarke hielt wegen der Lage nach Osten „Eberstraße“ für angebracht. Der Vorkamer erwiderte, eine so kleine, einseitige Straße sei nicht geeignet, zur Ehre so großer Männer zu dienen. Darum ist der Name „Gartenstraße“ treffender. Stadtorberräte Martin war derselben Meinung, weil dadurch jedes Parteigezänk vermieden wird. In der Abstimmung wurde mit 7 gegen 6 Stimmen dem Vorschlag des Magistrats zugestimmt. So wird die neue Straße als den Namen „Gartenstraße“ führen. Zur Sentung des Tilgungslates für eine aufgenommene Anleihe gab die Verammlung dem Magistrat geschlossen ihre Zustimmung. Dem früheren Bürgermeister Müller ist auf seinen Antrag beim Minister eine jährliche Unterhaltung auf Lebenszeit von seiner Pension zugesichert worden. Die Zahlung übernimmt die Ruhegehaltskasse. Der Magistrat soll noch einmal bei der Ruhegehaltskasse anfragen, ob die Zahlung direkt und nicht durch die Stadt erfolgen könne. Dadurch würde vermieden werden, daß die Stadt die Beträge für ein ganzes Jahr auslegt und bei der Sparrasse verzinst muß.

— **Karlchen in Neuba.** Es ist kein schlechter Scherz, sondern Wirklichkeit: das berühmte „Karlchen“ der „Münchener Jugend“, auch durch seine humoristischen Abenteuern in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bekannt, wird am Dienstag, dem 3. Februar, in „Preussisches Hof“ aus durch seinen gesunden Humor erfreuen. Vor sieben Jahren hatte er verstorben, wieder einmal nach Neuba zu kommen, jetzt löst er sein Versprechen ein. Man braucht keineswegs für Humor besonders begiftet sein, um hinzugezogen zu werden zu dem Manne, aus dessen Feder der Humor hervorquillt wie an einer Quelle das klare, frische Wasser. „Karlchen“ ist ein von Gott begnadeter Mann, genau wie viele andere Größen auf musikalischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Gebiet. Dies Genie des Humors von Angestiftet zu lernen, aus seinem Munde den köstlichen Humor hervorquellen zu hören, bedeutet ein Erleben unvergleichlicher Stunden. Darum hat man sich den 3. Februar für „Karlchen“ frei.

— **Fahrpreisermäßigung für Sportreiter.** Der Verband Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine macht seine Vereine erneut auf die Möglichkeit der Verbilligung der Fahrpreise für sportlichen Veranstaltungen aufmerksam, wenn die in Frage kommenden Fahrten von den Teilnehmern gemeinsam durchgeführt werden. In diesem Falle liegt der Tarif für Gesellschaftsfahrten eine Ermäßigung von 25% des Fahrpreises vor. Sie wird gewährt, wenn mindestens 20 Personen eine Fahrt gemeinsam unternehmen oder mindestens 20 Fahrkarten gelöst werden. Die Mindestentfernung beträgt 30 Kilometer. Bei Bestellung von Sonderzügen beträgt die Fahrpreisermäßigung 33%, es müssen jedoch in diesem Falle mindestens 200 Fahrkarten 2. Klasse oder 300 Fahrkarten 3. Klasse für die Gesamtfahrt gelöst werden. Die Fahrpreisermäßigung für Jugendpflicht beträgt 50%. An einer berechtigten Fahrt müssen mindestens 9 Jugendliche und 1 Aufsichtsperson teilnehmen. Bei größeren Gruppen wird auf je 9 Jugendliche eine Aufsichtsperson zugelassen.

— **Spararbeit am nächsten Ort.** Manche Behörde, aber auch Privatpersonen stehen auf dem Standpunkt, daß man überall, so auch bei Straßenarbeiten einsparen muß. Dabei verfährt man so, daß diese Art Spararbeit sich in das Gegenteil verkehrt. Man läßt nämlich zugehende Briefe fein sauberlich öffnen und verwendet ungläubigerweise diese alten Briefhüllen wieder. Um das zu können, werden Letzteren aufgeteilt und auf diese die neue Anschrift geschrieben. Abgesehen davon, daß man aus Sphärischeitgründen gebrauchte Briefhüllen nicht mehr verwendet, ist diese Ausgabe für Letzteren und die Arbeitszeit des betreffenden Aktebeamtens mindestens doppelt so hoch wie die Ausgabe für die von einer Druckeri bezogenen bedruckten Briefhüllen.

— **Schälblasenbekämpfung im Ostbau.** Auf Grund des § 26 der Polizeiverordnung für Land- und Forstwirtschaft vom 26. Mai 1928 sind alle Eigentümer, Pächter und Ausnieder von Obstbäumen und Beerenobststräuchern verpflichtet, sämtliche Schälblasen und Krankeiten an Obstbäumen zu vernichten, widrigenfalls sie sich strafbar machen. Im hiesigen Kreise hat die Schälblasen an den Pflaumenbäumen eine bedeutende Verbreitung genommen, sodas der Pflaumenanbau durch diesen Schädling ernstlich gefährdet ist, wenn nicht energische Bekämpfungsmassnahmen ergriffen werden. Das beste Mittel zur Bekämpfung des Schälblases ist die Bespritzung sämtlicher Pflaumenbäume mit einer Sporenlösung Schälblasenabkämpfungsmittel in der Zeit vom Anfang Februar bis Mitte März (bis zum Ausbruch der Knospen). Zur Bekämpfung der Schälblasen und Krankeiten an Apfel- und Birnbäumen ist eine 10-prozentige Schälblasenabkämpfungsmittel anzuwenden. Für die Durchführung der Spritzungen stehen Motor-Obstbaumpumpen und Karrenpumpen in ausreichendem Maße zur Verfügung. Es wird allen Obstbauern dringend geraten, mit der Bekämpfung der Schälblasen und Krankeiten, besonders der Pflaumenfäule, bei milder Witterung schon Anfang Februar zu beginnen. Besonders den den Gemeindebehörden wird erwartet, daß sie in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangehen. Die Ostbau-Inspektion Naumburg/S., Wädertig 7, Fernruf 948, erteilt in allen einschlägigen Fragen kostenlos Auskunft. Sie nimmt auch Anmeldungen betr. der Motorbaumpumpen, sowie Bestellung der Schälblasenbekämpfungsmittel entgegen.

— **Die Sauerkraut-Kur.** Es läßt sich oft beobachten, daß Viechtigkeit mit Vorliebe laure Speisen genießt. Nun ist die verbreitete Ansicht irrig, der Genuß dieser Speisen wäre für derartige Kranke schädlich. Man soll daher das Verlangen danach nicht beschränken, sondern lediglich dafür Sorge tragen, daß keine Lieberwerbungen vorkommen. Ein ganz vorzügliches, den Stoffwechsel anregendes und Blutbildung förderndes Hilfsmittel ist das Sauerkraut, das neben dem besonderen Vorzug der Billigkeit auch den des Wohlgeschmacks besitzt und allen Blutarmen und Magenleiden nicht genug empfohlen werden kann. Schon nach kurzer Anwendung einer Sauerkrautkur ist bei den Patienten steigendes Wohlbefinden und besseres Aussehen zu konstatieren. Nur muß das Sauerkraut, das viel Vitamin enthält, roh gegessen werden und frischgeheilt sein. Beim Kochen werden die Vitamine zerstört.

— **Arten.** Hier ist ein Verlehrs- und Wirtschaftsausschuss gebildet worden und zu einer Vorbesprechung hatten Stadtorberräte und Vertreter von Handel und Gewerbe nach dem Rathaus eingeladen. Der Verlehrs- und Wirtschaftsausschuss soll sich u. a. befassen mit der Hebung des Verkehrs, sowie einer besseren Wohnverbindung. Auch will der Ausschuss dafür sorgen, daß während des Sommers die häßlichen Anlagen und Vorgärten gepflegt und die Fenster geschmückt werden. In der Aussprache wurden von den Geschäftsleuten die höchsten Einnahmeverbindungen bei der Rafffabrik-Alsbahn, sowie die zu späte Ankunft des Zuges von Sangerhausen 7.48 Uhr bemängelt.

— **Naumburg, Opfer der Wirtschaftskrise.** Der Kaufmann S. und seine Ehefrau wurden in ihrer Wohnung in der Burgstraße tot aufgefunden. Sie hatte sich durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. Das hiesige wegen schwerer wirtschaftlicher Rückschläge und Enttäuschungen unerträglich geworden war.

— **Halle, Nele Auslichten.** Zur Zahlungsauffähigkeit des Konsumvereins wird mitgeteilt, daß die Generalversammlung am 30. Januar kommt, nach den bekannten Bestimmungen nicht nur mit den eingezahlten Beiträgen, sondern noch weit darüber hinaus zur Zahlung herangezogen werden können. Auch die ausgesetzlichen Mitglieder seien diesem Zwange unterworfen.

— **Halle, Die täglichen Schlägerereien.** In der Leipziger Straße entstand eine Schlägerei zwischen mehreren Kommunisten und einem Nationalsozialisten, bei der der Nationalsozialist fünf Schüsse aus einer Schrotflinte abgab. Auch in der Schmeierstraße gerieten Nationalsozialisten und Kommunisten aneinander. Die Beteiligten wurden festgenommen und dem Polizeipräsidium zugestellt.

— **Bad Liebenwerda, Zur Vorgeschichte.** Die Vergrößerung des Disziplinärverfahrens gegen den früheren Landrat es Kreises Liebenwerda, Vogt, hat im Preussischen Landtag es Landvolk-Abgeordnete Heden-Halle zum Gegenstand ihrer Anfrage gemacht, in der u. a. nach den Gründen geurteilt wird, die die bisherige Vergrößerung der Berufsangehörigen herbeigeführt haben und welche Maßnahmen als Innenministerium zu der im öffentlichen Interesse liegenden Beschleunigung des Verfahrens getroffen habe. Schließlich heißt es in der Anfrage: „Ist das Staatsministerium nun, nimmereit mit höchstem Nachdruck für eine schleunige Beendigung des Verfahrens zu sorgen, damit u. a. auch die nachfolgende herbeizuhelfen Finanznot nicht zu veranlassende Beteiligungen des Wartegeldes endlich wegfallen?“

— **Altenburg, In Rappersdorf bei Wintersdorf verunglückte sich fünf Kinder der Schützenkorporation auf dem Dorfplatz. Möglichst ferner die Schulle und die Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren führten ins Wasser. Der zufällig vorbeigehende Maurer Ernst Humprig trug fünf Kinder in ins Wasser und konnte sämtliche Kinder wohlbehalten in Sicherheit bringen.**

— **Magdeburg, In der ersten Vollversammlung der Magdeburger Industrie- und Handelskammer wird Präsident Rumbold in einem Redebeitrag auf das**

verloffene Wirtschaftsjahr darauf hin, daß der Einpruch der Kammer gegen die Erhöhung der Gewerbesteuerertrag Ertrag gebahrt habe. Auf Anordnung der zuständigen Ministerialkommission der Erhöhung der Gewerbesteuerertrag nachzusehen, so daß es bei dem bisherigen Aufschlag von 50 Prozent verbleibe. Der Vorwurf der Stadt, daß ihr dadurch 1.400.000 RM entgingen, sei als unzutreffend zurückgewiesen worden. Im Bezirk der Magdeburger Industrie- und Handelskammer waren 75 Kontur (1929/30) und 35 Verleihungsverfahren (1929/30) zu verzeichnen. Die Kammer stimmte in ihrem Beschlusse zu, nach dem der Hauptersatz das Ausschließen von Weibeln verboten werden soll.

Quechlinen. Fünftöpfige Räuberbande verhaftet. Eine aus fünf Köpfen bestehende Räuberbande wurde hier von der Polizei ermittelt und festgenommen. Die Bande hat insbesondere die Umgebung von Quechlinen und Pörschleben durch fortwährende Diebstähle in Schrecken gesetzt. Die Täter wurden dem Quechlinburger Gerichtsamt zugewiesen.

Werbung. Verstrafungswegen vom D-Zug erfaßt. Ein mit Freigeleitener beladener Luftkranwagen blieb plötzlich auf dem Gleisen des Bahnhofsübergangs bei Schweinsburg-Gulden stehen. Im selben Augenblick brach in voller Fahrt der D-Zug Leipzig-München heran und erlöste den schwerbedenklichen Luftkranwagen. Das Auto wurde vollständig zerstört. Die Lokomotive mußte in Werbung ausgenommen werden. Der Führer des Luftkranwagens konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Mit kurzer Verspätung konnte der D-Zug seine Fahrt fortsetzen.

Reichenbach i. B. Vier Eisenbahnarbeiter verhaftet. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, vier junge Leute aus Reichenbach festzunehmen, die vor kurzem auf der Reichenbacher Strecke eine Signallampe heruntergelassen und dadurch zwei Personenzüge zum Halten gebracht hatten. Die Verhafteten gaben an, die Lampe aus Lebensmut ausgelegt zu haben; ein Anschlag auf die Eisenbahn habe ihnen ferngelegen.

Oelschlag i. Erzg. Ein hochherziger Spender. Der Inhaber der Leppschirma Koch & Co. Dr. h. c. Leonhard Koch, hat aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Unternehmens der Firma einen doppelten Wohllohn ausbezahlt und außerdem dem Ausschuss der Wohlfahrt 2400 Zentner Bretts überweisen lassen.

Neues aus aller Welt.

Von der Oberbrückbahn überfahren. Der Arbeiter Fröhne aus Ortwig wurde auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle in der Nähe von Groß-Neuendorf (Mett) von der Oberbrückbahn überfahren, dabei wurden ihm beide Beine und eine Hand vom Rumpfe getrennt. Er wurde nach Weigen gebracht und im städtischen Krankenhaus verbunden. Auf dem Transport in das Krankenhaus in Bad Freienwalde erlag er seinen schweren Verletzungen.

Muttermord in Stendal-Röge. Die Frau des Arbeiters Siniel in Senftenberg C. G. wurde von ihrem 23jährigen unehelichen Sohn Erich König an dem unter Mitternacht seines Freundes Baganz in ihrer Wohnung ermordet und beraubt. Der Mörder und sein Komplize flohen nach Berlin. Nun erschien Baganz auf einer Berliner Polizeiwache, um gegen hündige Anzeige zu erklaren, weil ihm dieser seinen Mordteil gelöst hätte. Die Polizei nahm Baganz, der aus Magdeburg stammt, fest, da er der Mitternachtsmord verdächtig ist.

Wertvolle Verfertigerin in Leipzig. Vom 27. bis 30. April hält die Kunstgewerbetlerin C. G. Bomer in Leipzig Auktionen von sehr kostbaren Kupferstichen und Holzstichen ab, darunter einer wundervollen Direktsammlung aus dem alten Meißnischen Besitz in Braunschweig. Ferner werden versteigert: eine Sammlung kostbarer alter Zeichnungen aus dem Besitze der Eremitage in Leningrad, die sich diesmal nicht mehr mit Kupferstich-Dubletten begnügt, eine Serie ganz ungewöhnlicher Kupferstich-Intarsien ersten Ranges aus alten Fürstentümern und vieles andere.

Schweres Eisenbahnunglück bei Groningen. Ein von der deutschen Grenze kommender Personenzug fuhr etwa 150 Meter vor dem Bahnhof Groningen auf einen auf dem Weitzug auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß sich mehrere Wagen des Personenzuges ineinandergebeißten und vollständig zerstört wurden. Drei Fahrgäste wurden getötet, zwei schwer verletzt. Sechs Reisende und Eisenbahnangestellte trugen leichtere Verletzungen davon. Mehrere Fahrgäste mußten aus den Trümmern herausgelagert werden. Soweit bisher festzustellen ist, befinden sich unter den Verunglückten keine Deutschen.

SDS-Rufe eines deutschen Dampfers. Der deutsche Dampfer „Winnig“ wurde hier auf der Fahrt von Hamburg nach Riga bei der Salbinel-Straße (50 Grad 11, 12 Ost) auf eine Untiefe geraten und befindet sich in äußerst gefährdeter Lage. Er hat SDS-Rufe ausgesandt, die sowohl in Riga, als auch in Windau aufgefangen wurden. Mehrere Bergungsdampfer haben sich zur Unfallstelle begeben.

Die Todesurteile in Madamotoff. Das Gericht in Madamotoff verurteilte vier Händler wegen Spekulation und Schmuggelgeschäften mit Japan und China zum Tode. Die Todesurteile sind bestätigt worden und werden im Laufe von 72 Stunden vollstreckt werden.

Sensationsprozeß in London. Unter ungeheurer Anordnung, insbesondere des weißlichen Publikums, begann der Sensationsprozeß gegen den Verleugungsbetrüger und Mörder Roule, der beschuldigt ist, im November auf einer Landstraße bei Northampton einen Wagon mit einem Wagen ermordet und diesen dann angezündet zu haben. Roule, von Beruf Handelsreisender, ein verheirateter Mann, verriet offenbar, sich der finanziellen Schwierigkeiten, in die er durch seine zahlreichen Beziehungen zu anderen Frauen geraten war, dadurch zu entziehen, daß er seinen Tod vorpiegelte, indem er einen Fremden ermordete.

Großer Prozeß der „Do. X.“ Das deutsche Flugschiff „Do. X.“ unternahm einen großen Prozeß mit 25 Gassen, der eine Stunde dauerte. Im Bord befanden sich Vertreter der portugiesischen Armee und Marine, der Behörden und Presse, sowie der deutsche Geschichtsträger. Portugiesische Marineflieger feuerten zeitweise selbst das Flugschiff.

Im den Gassen aufständischer Marokkaner. Nach einer Meldung aus Casablanca ist man dort sehr beunruhigt über den Verbleib von vier Europäern und einem Eingeborenen, die im Kraftwagen von Tanger abgefahren und in der Rifai (T), ihrem Ziel, nicht angekommen sind. Man befürchtet, daß sie in die Hände eines aufständischen Stammes gefallen sind.

54 000 Personen verhaftet. Während des indischen Unabhängigkeits-Feldzugs sind, wie die Regierung in der gleichnamigen Verlesung in New Delhi (11) bekanntgab, in der Zeit vom März bis Dezember 1930 54 000 Personen festgenommen worden. 20 000 davon wurden wegen des Boykotts englischer Waren und Einschüchterung der Bevölkerung festgesetzt. Ungefähr 11 000 mußten nach einer entsprechenden Einschuldigung wieder freigelassen werden.

Erdbeben im Appennin. Der Leiter des Observatoriums in Livorno teilt mit, daß ein Erdbeben aufgezeichnet wurde, dessen Mittelpunkt vermutlich im Appennin lag. Der Erdstoß wiederholte sich am Abend. Der gleiche tellurische Vorgang wurde bei Massa Carrara verzeichnet. Dort war er von unterirdischem Grollen begleitet. Schäden sind nirgends festzustellen.

Riesenerfer in einer südamerikanischen Stadt. In Buena Ventura (Columbia) zerstörte ein Riesenerfer den größten Teil des Geschäftsviertels. Die Gebäude der kanadischen Bank, das Postamt und die Regierungsgebäude wurden vollständig durch das Großfeuer eingeeicht. Der Schaden beläuft sich auf 20 Millionen Mark. Man nimmt allgemein an, daß das Feuer durch Brandstiftung entstanden ist.

Blutige Sonntagspolitik.

Hamburg. Der Kampf zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten geht weiter. Am Montagabend kam es in dem zur Umgebung Hamburgs zählenden Städtchen Geesthacht zu einem heftigen Zusammenstoß, bei dem es zwei Tote und viele Verletzte gab. Die gefasste Saaleinrichtung wurde zerstört. Die Toten gehören der SPD an, deren Leute eine Verarmung der NSDAP strengen wollten, sich dann aber gegen die schlichtenden Polizeimannschaften mit Pfeilspitzen und Knütteln wandten. Die hart bedrängten Schutzmannschaften waren schließlich gezwungen, von der Schutzwehr Gebrauch zu machen, nachdem bereits drei von ihnen schwer verletzt auf dem Kampfplatz lagen.

Brunsbüttel. Die Nationalsozialisten hatten in Brunsbüttel einen Aufmarsch der SA und ein Konzert der Gaukapelle angelegt. Die Kommunisten hatten von auswärtigen Verlegungen von etwa 300 Mann herangezogen. Zum Aufrechterhaltung der Ordnung waren auch zwei Leberfallkommandos aus Altona herangezogen worden. Als der nationalsozialistische Zug mit etwa 800 Mann am Hotel vorbeimarschierte, wurde er mit Schmähren empfangen. Die Masse, die durch Hege aufgelockert wurde, stimmte schließlich ein ohrenbetäubendes Geschrei an und bewarf die Musikkapelle und die SA-Leute mit Pfeilspitzen. Ein Musiker brach mit schweren Schädverletzungen zusammen. Sofort rüdte eine Schutzstaffel heran, um das Votol zu schützen. Die Polizei mußte wiederholt mit dem Gummiknüppel eingreifen, um die Menge auseinanderzutreiben.

Denig. Die Ortsgruppe Denig, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veranstaltete eine öffentliche Verlesung. Im Verlauf der Aussprache kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer heftigen Schlägerei, wobei elf Kommunisten und vier Nationalsozialisten zum Teil schwer verletzt wurden.

Königsberg. Auf eine durch das Dorf Raatz marschierende SA-Gruppe wurde ein Leberfall von bewaffneten Kommunisten unternommen, wobei vier Nationalsozialisten durch Messerliche schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt wurden. In einem Gegenangriff wurden die zahlenmäßig weit überlegenen Angreifer abgewehrt und in die Flucht geschlagen. Als die Kommunisten in die Flucht getrieben waren und die Nationalsozialisten ihre Verlesungen verbanden, trat aus Königsberg ein Leberfallkommando ein, das sofort die Nationalsozialisten nach Waffen durchsuchte, wobei zwei Scherschuppschützen abgenommen wurden.

Stendal. Im Bismark fand eine SPD-Rundgebung statt. Gegen Mittag erschienen fünf SA-Posten und 14 Personalaus aus Magdeburg, deren Anwesen auf dem Marktplatz eine Verlesung abhielten. Anschließend wurde ein Angriff durch die Straßen der Stadt veranstaltet. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen. Das Lokal des Gastwirts Auren wurde von den Kommunisten gestürmt. Etwa 20 Personen drangen in das Gastzimmer ein und schlugen auf die dort sitzenden Gäste ein. Acht Personen wurden verletzt, davon sieben schwer. Das Inventar des Saales wurde in einen Trümmerhaufen verwanbelt. Auch der 70jährige Gastwirt wurde schwer verletzt.

Kassel. Im Griebenfeld fand eine nationalsozialistische Verlesung statt, zu der aus Umgegend auch viele politische Gegner gekommen waren. In Bendorf trafen die beiden Gruppen an einer Straßenkreuzung zusammen. Während des Vorbereitendes des Stahlhelm spielte die Kapelle der Kommunisten die Internationale und wollte sich dem Schluß des Stahlhelms anschließen. Die Polizei verbot die Zug umzulenken, wurde dabei aber tödlich angegriffen. Sie trift darauf die Kommunisten mit dem Gummiknüppel auseinander. Ein Oberlandjäger wurde leicht verletzt.

Bendorf. a. Rh. Bei einem Stahlhelmaufmarsch einiger Ortsgruppen der Kreise Koblenz und Neuwied sowie des Interniel-Kreises hatte die Kommunistische Partei eine Gegenemonstration veranstaltet. In Bendorf trafen die beiden Gruppen an einer Straßenkreuzung zusammen. Während des Vorbereitendes des Stahlhelms spielte die Kapelle der Kommunisten die Internationale und wollte sich dem Schluß des Stahlhelms anschließen. Die Polizei verbot die Zug umzulenken, wurde dabei aber tödlich angegriffen. Sie trift darauf die Kommunisten mit dem Gummiknüppel auseinander. Ein Oberlandjäger wurde leicht verletzt.

Nachricht zu den Remarque-Demonstrationen.

Berlin, 28. Januar. Im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Demonstrationen gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ wurde der 20jährige Nationalsozialist Kühnemann wegen schwerer Verbrechen in sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht bemängelte ihm aber die Wehrungsstift, sofern er eine Buße von 50 RM bezahlte, die nach einem Jahre nach Rechtskraft des Urteils zahlbar ist. Die Gewährung der Wehrungsstift wurde damit begründet, daß der Angeklagte nicht in verbrecherischer Neigung gehandelt habe.

Zürich, 28. Januar. Auf den italienischen Generalfolter Bianchi wurde ein Verleugung verübt. Ein junger Italiener schloß auf Bianchi, der in den Hinterhof getreten und an der linken Hand verletzt wurde. Der Täter konnte verhaftet werden. Es handelt sich um einen Reichsamt. Der italienische Staatsangehörige Eino Daffi sprach im Generalfolter wegen einer Kranenunterstützung vor und verlangte den Generalfolter zu sprechen. Als ihm von diesem erwidert wurde, daß das italienische Generalfolter nicht zuständig

sei, zog Daffi einen Revolver und gab auf Bianchi zwei Schüsse ab. Das Befinden des Generalfolters ist ernst; jedoch hoffen die Ärzte, ihn am Leben zu erhalten.

Notbles Retter Lundborg abgeführt.

Stockholm, 28. Januar. Der bekannte schwedische Fliegerkapitän Hauptmann Lundborg, der Retter von Jöhle, ist in der Nähe von Lindöping mit seiner Maschine abgeführt. Lundborg wurde schwer verletzt, das Flugzeug vollkommen zerstört.



August von Pariseval 70 Jahre. Der Pionier der deutschen Luftschiffahrt Major August von Pariseval feiert am 5. Februar seinen 70. Geburtstag.

Spiel und Sport

Einige Resultate vom Sonntag:

Nohbad — Fortuna Weifenfels 3:4, Alanzel N. — Schwarzberg N. 2:7, Polizei Weifenfels — Bad Köfen 6:2, T. u. N. Weifenfels N. — N. B. C. Naumburg 1:7.

Meisterschaftstabelle:

Verein	sp.	gewonnen	unents.	verloren	Tore gegen	Tore gegen	Punkte
					+	-	
N. B. C. I	16	16	—	—	89	16	32
Fortuna I	15	11	1	3	52	31	23
Nohbad I	15	9	3	3	48	32	21
Schwarzberg II	15	10	—	5	58	24	20
Polizei I	14	7	4	3	50	28	18
Marxleben I	14	6	5	3	37	27	17
Köfen I	16	8	1	7	38	31	17
Nohleben I	16	5	2	9	21	37	12
N. B. C. II	13	5	1	7	17	39	11
Alanzel N.	13	2	4	9	33	57	8
Naumburg 05 II	14	3	1	10	24	38	7
T. u. N. II	15	2	1	12	19	59	5
Corbetta II	14	—	1	13	11	79	1

Vom Sportlerfesten zur Leipziger Frühjahrsmeise.

Für das am 2. März 1931 (Montag) in Leipzig vom Gau Groß-Leipzig des Verbandes Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine veranstaltete Sportlerfesten macht sich überall ein großes Interesse unter den anlässlich der Frühjahrsmeise nach Leipzig kommenden Sportfreunden und Sportanhängern bemerkbar. Die sportlichen Darbietungen sind namentlich gleichfalls festgelegt worden und zwar werden die Damen des Leipziger Lehrerportvereins gymnastische Vorführungen bringen, während der Leipziger Polizei-Sportverein 1921 mit Vorführungen für Männer aufwarten wird. Außerdem wird sich der Habermühle Sportklub-Vertrag gleichfalls mit Sportdarbietungen in den Dienst der Sache stellen.

Neue Bücher.

Durch Dalmatien bis zu den Schwarzen Bergen. Land- Meer- und Luftfahrten von Manfred Schneider, mit 63 ganzseitigen Bildern auf Kunstbrustleinen nach Originalaufnahmen des Verfassers und einem praktischen Anhang: Wie reife ich vorteilhaft durch Dalmatien. 208 Seiten Text, groß oct., vornehm in Geklebung gebunden RM. 9,50, in seinem Halbband RM. 13,50, sieben farbige Illustrationen. Verlag Stuttgart, Bismarckstraße 44 (Porto 40 Pfennig).

Endlich liegt das Reisefuch über Dalmatien vor, auf das die zahlreichen Besucher des Landes längst gewartet haben. Manfred Schneider, dessen Reisefuch sich bei Publikum und Presse längst besonderer Anerkennung erfreuen, da sie hoch über dem Niveau der sonst leicht lesbaren Ertrags, praktische Zuverlässigkeit mit hohem, künstlerischem Stimmungsgeschall verbindet, hat damit eine barbare Ausgabe erfüllt.

Dieses neue Buch beschreibt das Wunderland Dalmatien, das heute im Brennpunkt der deutschen Reisefuch steht, mit seiner hochinteressanten alten Städten und Städtchen seiner einzigartig gelagerten Küste und herrlichen Naturland. Das Erlebnis der Landschaft steht im Vordergrund; damit verbunden sind Schilderungen der Volksitten, der Baukunst, und in großen Umfassen — der geschichtlichen Zusammenhänge.

In erster Linie werden die Städte durchwandert, die das Ziel jedes Dalmatienfahrers bilden. Aber man weiß aus Manfred Schneiders wunderbaren Bildern über Italien und Spanien, daß er mit Vorliebe auch abseits vom Wege reist und verborgene Schönheiten aufspürt.

Diesmal sind in dieser Hinsicht vor allem Ausflüge durch die Berglandschaft des schmalen Montenegro, in den äußersten Süden des Landes (bis zur albanischen Grenze) und hinauf durch die Serceobina und Bosmen zu den altorientalischen Städten Metzar und Carolevo zu nennen.

Ein praktischer Anhang, der u. a. auf Grund persönlicher Erfahrungen die empfehlendsten Unterkünfte nennt, Reisefuchblätter für 8 Tage bis zu mehrwöchigem Aufenthalt macht und viele andere praktische Antworten auf die Frage: Wie reife ich vorteilhaft durch Dalmatien, gibt, macht das Buch für jeden Dalmatienreisenden noch besonders wichtig.

Sobald der nach Dalmatien fährt, sollte sich das wertvolle Buch vorher zu Eigen machen, es wird ihm stets ein zuverlässiger und angenehmer Reisefuchleiter sein. Für alle diejenigen, die Dalmatien schon kennen, ist es ein unverzichtbares Unterwuch, und wer zunächst nicht nach Dalmatien reisen kann, erfüllt sich die Sehnsüchte dieses Landes durch eine Lektüre des Schneiderschen Buches voll und ganz.

Der Münchener Goldmacherprozess.

Auch der Mond hat Einfluss auf Goldgewinnung.

München, 28. Januar.

Ammer größer wird die Zahl der Zeugen, die in dem Münchener Goldmacherprozess aufmarschieren und zum großen Teil zu Gunsten von Laufend auslagen.

Sou runde von Zeugen erklärt, daß das Gold aus den Verjuden von einer Zeinlein sei, wie es im Handel überhaupt nicht vorkomme.

Der Zeuge Fabrikbesitzer Dmurger erklärte, daß er bei den Verjuden sehr genau aufgepaßt habe, die Laufend vorgekommen habe. Es sei nach seiner Ansicht ausgeschlossen, daß Gold in das Material eingeschmuggelt sei. Im übrigen soll eine Besprechung zwischen Laufend, seinem Vertreter und den Sachverständigen stattgefunden, wobei Laufend Einzelheiten über sein Verfahren bekanntgeben soll. Großes Aufsehen erregte die Vernehmung des von Lubendorf feierlich als Vertrauensmann bestellten Chemikers Kummer, der selbst Berichte durchgeföhrt hat.

Laufend habe ihm gesagt, er solle sich die Sache nur selbst überlegen und daran denken, daß man es mit Schwindeleien zu tun habe, dann würde er schon darauf kommen. Er selbst habe sich stets nur mit der wissenschaftlichen Seite der Frage befaßt, wie bei dem Schmelzprozess keine Mengen Gold entfliehen. Der Zeuge ist der Meinung, daß die verschiedenen Mondphasen einen Einfluss auf das Verfahren hätten. Ein Versuch des Zeugen hätte aus 30 Gramm Ausgangsmaterial 8 Gramm Gold ergeben.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er daran glaube, daß Laufend Gold herstellen könne, antwortete der Zeuge: „Unbedingt“. Er halte es für möglich, daß Laufend seine Gedanken so weit konzentrierte, daß ihm die Herstellung eines Kilos Gold gelänge.

Der falsche Kinomörder.

Hamburg, 27. Januar.

Am 20. Januar d. J. wurde in Berlin-Neuölln im Büro der Mercedes-Balant-Lichtspiele der 49jährige Geschäftsführer Ernst Schmolter erschossen und beraubt. Der Täter erweist sich als größerer Geldbetrag. Am Sonntagvormittag stellte sich in Hamburg bei dem Kriminalpolizei der 36jährige Meister Herbert Erwin Franz König, geboren in Charlottenburg, mit den Worten:

„Ich stelle mich freiwillig, weil ich in Berlin am 20. Januar einen Raubmord begangen habe.“

König hatte nach seinem Geständnis die Raubgelegenheit Tage vorher sorgsam ausgenutzt und festgestellt, daß der Geschäftsführer die Einnahmen nachts im Büro auszuräumen pflegte. Die Waffe tauchte sich König in Berlin, nämlich sich dann am Mordband in das Büro ein und rief dem Geschäftsführer zu:

„Hände hoch, Geld her!“

Der Geschäftsführer soll vor Schreck fast gelähmt dagestanden haben, und nun behauptet König, daß sich, als er das Geld zusammenraffe, plötzlich ein Schuß und dann kurz darauf beim Verlassen des Büros ein weiterer Schuß lösten. König will sich dann der Nacht in Berlin umhergetrieben und am nächsten Tage bereits nach Hamburg gefahren sein. Auf der Fahrt will er den Revolver von sich geworfen haben. In Hamburg trieb sich König umher und vertrat das Geld in sicherster möglichster Gesellschaft. König hatte bei seiner Selbstgefälligkeit nach ganze drei Pfennige bei sich, König, der die Volksschule in Berlin besuchte, will nach seinen Angaben als Laufburche, später auf dem Lande als Helfer und zuletzt als Bauarbeiter wieder in Berlin gearbeitet haben. Seit Anfang Januar will er wieder arbeitslos gewesen sein. König, der einen völlig niedergeschlagenen Eindruck macht, wird dem Bericht in Hamburg zugeführt.

Königs Familie bezeichnet ihn als schwachsinzig und erklärt, daß er schon zu wiederholten Malen von zu Hause ausgesprochen sei.

Vermutlich ist er auch diesmal wieder auf seiner Extratour nur bis Hamburg gekommen und will versuchen, auf Staatskosten nach Berlin zurückzufahren.

Daß aber König so genaue Angaben über den Mordborgang machen konnte, läßt sich durch ein genaues Studium der Zeitungen ohne weiteres erklären.

Auffallend war ferner, daß er auch Angaben machte, die zwar in einigen Berichten gefunden hatten, aber schon längst widerlegt sind. Schließlich hat König seine Äußerung, die als Verbrechen im Mercedesprozess bekannt ist, zu seiner Brant gemacht; sie ist aber bereits sieben Jahre verheiratet.

Auf Grund dieser Feststellungen, die mit größter Sorgfalt gemacht wurden und mehrere Stunden in Anspruch nahmen, wurde davon abgesehen, entgegen dem ursprünglichen Plan, einen der Mordkommissare nach Hamburg zu schicken. Lediglich ein Beamter ist hingefahren, um König zu verhören. Auf Grund dieser Ermittlung wird dann entschieden werden, ob man ihn nach Berlin bringt, oder ob man ihn wieder freiläßt.

Belagerungszustand in Madrid beendet.

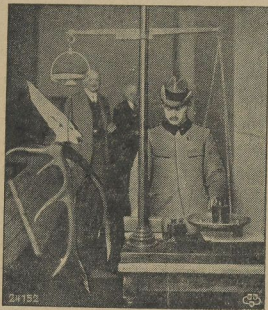
Außer in Madrid und Saragossa.

Madrid, 27. Januar.

Der spanische Ministerrat hat die sofortige Aufhebung des über ganz Spanien verhängten Belagerungszustandes beschlossen, und doch dieser Verfügung nur die militärischen Bezirke von Madrid und Saragossa ausgenommen. Die bisher von der Militärbehörde geübte Zensur soll zwar bestehen bleiben, sie wird aber in die Hände des Innenministeriums gelegt, von dem man eine mildere Handhabung und die Überleitung zur völligen Beseitigung der Zensur erwartet.

Die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Madrid und Saragossa wird damit begründet, daß hier wichtige Kriegsgerichtsverhandlungen wegen der letzten Aufstände militärischer Formationen bevorstehen, und die Rücksicht auf diese Verhandlungen scheint auch für die Belagerung der Zensur bestimmend zu sein.

Es ist jedoch angeknüpft, daß gleichzeitig mit der nur in absehbarer Zeit erwarteten Aufhebung der Zensur erfolgen wird, um die Wahlfreiheit nicht zu beeinträchtigen. Gleichwohl besteht bei Sozialisten und bürgerlichen Republikanern ein hartes Misstrauen gegen die Wahlpläne der Regierung.



Wieder „Grüne Woche“ in Berlin.

Die alljährlich in Berlin stattfindende große Landwirtschaftliche Ausstellung beginnt am 31. Januar. An den Ausstellungenshallen auf dem Gelände am Kaiserdamm wird letzte Hand an die Vorbereitungen gelegt. Unser Bild zeigt ein Riesengeweib, das gewogen wird, um im Rahmen der „Grünen Woche“ in der Abteilung Jagdausstellung, mit präzisen Angaben versehen, zu erscheinen.

Polizeiverordnung über Außenantennen.

Amtsblatt 1931, Nr. 4, Seite 14.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) sowie der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (R. G. Bl. I S. 44) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses die nachstehende Polizeiverordnung für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg, jedoch nicht für die Stadt Halle a. S. erlassen.

§ 1.

Außenantennen, d. h. im Freien angeordnete Aufsteiter, die zum Empfang der von einem Sender ausgestrahlten elektrischen Wellen dienen, gehören zu denjenigen baulichen Anlagen im Sinne der Baupolizeiordnung, die einer polizeilichen Genehmigung (Baugenehmigung) nicht bedürfen. Ihre Anlage unterliegt jedoch der Bauanzeige, wenn sie öffentliche Verkehrsflächen (Wege, Plätze, Grünanlagen, Wasserstraßen) sowie Eisenbahnkörper, Straßenbahnen, Freileitungen von Stark- oder Schwachstromanlagen, die öffentlichen Interessen dienen, kreuzen oder wenn sie in einem gegen Beeinträchtigung auf Grund des Veranfallungsgegesetzes vom 15. Juli 1907 geschützten Gebiete liegen.

§ 2.

Die Bauanzeige ist mindestens fünf Tage vor Beginn der Ausführung schriftlich bei der Baupolizeibehörde einzureichen. Aus ihr müssen die Lage des Grundstücks und der Antenne sowie die ausreichende Beschreibung der für die Antenne benutzten Bauteile und Konstruktionsweise hervorgehen.

§ 3.

Die Baupolizeibehörde ist befugt, im Einzelfalle die Einholung der Baugenehmigung zu verlangen, sobald das öffentliche Interesse es erfordert. In diesem Falle darf mit dem Bau der Anlage erst nach erteilter Genehmigung begonnen werden. Die Fertigstellung der Anlage ist binnen 8 Tagen der Baupolizeibehörde zur Abnahmeprüfung schriftlich anzuzeigen. Mängel sind innerhalb der von der Baupolizeibehörde vorgezeichneten Frist zu beseitigen.

§ 4.

Die Außenantennen sind so anzulegen, daß sie die Sicherheit der Allgemeinheit nicht gefährden und in einem gegen Beeinträchtigung auf Grund des Veranfallungsgegesetzes vom 15. Juli 1907 geschützten Gebiete das Straßen-, Platz- oder Ortsbild nicht beeinträchtigen.

§ 5.

Die Anlagen sind durch ihre Zubehöer ordnungsmäßig insland zu halten.

§ 6.

Zwischenhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. bestraft, an deren Stelle, wenn sie nicht bezutreiben ist, Haft bis zu 10 Tagen tritt.

§ 7.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Zu derselben Zeit tritt meine dieselbe Materie behandelnde Polizeiverordnung vom 24. März 1927 (Amtsblatt der preussischen Regierung zu Merseburg, Ausgabe A., Jahrgang 1927, Stüd Nr. 27, S. 110, Nr. 365) außer Kraft.

§ 8.

Diese Polizeiverordnung tritt, soweit sie nicht anderweit durch Polizeiverordnung geändert, aufgehoben oder verlängert wird, nach 30 Jahren, mit dem 31. Dezember 1960 außer Kraft.

Merseburg, den 20. Dezember 1930.

Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht:

Nebra, den 27. Januar 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Brennholz-Verkauf.

Zur Selbstverwertung werden an den Straßen von Wigenburg nach dem Walde zu und nach der Provinzialchauffee am Montag, den 2. Februar, 11 Uhr an Ort und Stelle

eine Anzahl Kirschkäbume

meißtbietend verkauft. — Treffpunkt vor dem Gasthof Wigenburg. Bedingungen im Termin.

Graf von der Schulenburg-Sestier'sches Rentamt, Wigenburg

Schützenhaus

Sonntag, den 1. Februar, abds. 8 Uhr

Kaffeekränzchen und Chat-Abend

Aus Küche und Keller das Beste

Musikalische Unterhaltung Gutgeheize Räume

Es laden freundschaftlich ein

R. Janda und Frau

„Preussischer Hof“, Nebra

Dienstag, den 3. Februar 1931

abends 8.30 Uhr:

Heiterer Abend aus eigenen Werken —

„Karlchen“

Es laden freundschaftlich ein

Karl Ertlinger, Nebra.

Vorverkauf in der Buchhandlung W. Scharf.

Gutschein

Viel farbenreiche Bilder, Monatshefte nicht möglich, die in besonderen illustrierten Form über alles auf den Gebieten des Verkehrs, Fortschritts und Schaffens berichten und eine Unzahl interessanter Fragen in anregender Weise behandeln. Wer Sinn für kulturvolle Werte hat, der greife zu dieser schönen in Inhalt und Ausstattung von Seite überausreichen Leiter mögen Weidemanns favorit.

Nählig unverbindlich senden Ihnen der Verlag Georg Weidemann, Braunschweig, gegen Einzahlung von 20 Pfennig ein Weidemanns Monatsheft im Werte von 1 Mark.

Name: _____
Brief: _____
Adresse: _____
131

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und schönen Kranzpenden beim Heimgeange unserer lieben, unvergesslichen Mutter

Frau Friederike Hamel

sagen wir hiermit allen Verwandten und Beteiligten, insbesondere Herrn Dr. Falke für seine steten Bemühungen, und Herrn Pastor Hoyer für seine tröstenden Worte, auch Herrn Musikdirektor Stein für die gute, freiwillige Trauermusik herzlichsten Dank.

Die trauernden Kinder.

Nebra, 28. Januar 1931.

Nachruf!

Am 26. Januar 1931 verschied unerwartet im 44. Lebensjahre

Herr Carl Gotthelf

Direktor der „A. G. für Druck und Verlag“, der Herausgeber des „Kaffeeherbals“.

Der Verstorbenen war seit langen Jahren Mitglied unseres geschätzten Kirchen-Vereins und hiesigen Mannes unseres Bezirks Kirchen-Vereins. Wir verlieren mit ihm einen wertvollen Mitarbeiter, der stets uneigennützig bereit war, sich für die gemeinsame Sache unseres Vereines mit der ganzen Kraft seiner vielseitigen Persönlichkeit und seinen reichen Erfahrungen einzusetzen. Wir verlieren zugleich mit ihm einen liebenswürdigen Kollegen. Sein Andenken werden wir in dankbarer Erinnerung bewahren.

Jena, den 26. Januar 1931.

Verein Deutscher Zeitungsetzler Kreis Mitteldeutschland.

Gustav Reuenbach Dr. Bag

Vorsitzender, Generalsekretär.

Hersfeld, den 26. Januar 1931.

Bezirk Kirchen-Vereins

Franz Sun, Vorsitzender.

Nebrauer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis fr einen Monat: Bei der Geschftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wils. Sauer in Nohleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nohleben.
Geschftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postkassenkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Actien.

Nr 13 Donnerstag, den 29. Januar 1931. 44. Jahrgang

Parlamentarischer Auktakt.

Die kommenden Verhandlungen

Berlin, 27. Januar
Nachdem der Reichstanzler Dr. Brining und der Reichsaussenminister Dr. Curtius nun wieder nach Berlin zurckgekehrt sind, wird die Reichsregierung die letzte Woche vor dem Zulammentritt des Reichstages dazu benutzen, um einmal die wichtigsten geleggeberischen Arbeiten zum Abschluss zu bringen, und zum anderen die parlamentarische Erledigung ihrer Arbeiten vorzubereiten.

Inzwischen hat ja auch bereits eine Fhlungnahme mit den einzelnen Parteien stattgefunden. Die Besprechungen werden fortgesetzt werden. Am besonders wird noch eine Besprechung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei stattfinden und in politischen Kreisen wird angenommen, das die Volkspartei der Reichsregierung dann Mitteilung macht, welche Sparrmglichkeiten sie bei dem 300 Millionen-Antrag im Auge hat. Die Gerichte, das Dingeldey bei seiner ersten Fhlungnahme mit Reichstanzler Dr. Brining personelle Vernderungen im Kabinett gemwnscht hat, drfte unzutreffend sein.

Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatten am Montag eine Besprechung mit dem Reichstanzler Dr. Brining ber die von den Sozialdemokraten beantragte Staeftung bei der Krzung der Beamtengehälter.

Zwischen den Parteien wird voraussichtlich im Laufe der Woche eine engere Fhlungnahme stattfinden, bei der die vom Reichstagspräsidenten Lbbe formulierten Anregungen zur Parlamentarismreform erdrtert werden sollen. Dabei wird u. a. auch zur Debatte gestellt, das, hnlich dem Beispiel in den anderen Staaten, Antrge, die finanzielle Aufwendungen erfordern, nur dann gestellt werden drfen, wenn gleichzeitig damit Antrge verbunden sind, die die Deckung dieser Ausgaben vorsehen.

Weiter gehen die Plne dahin, Maßnahmen zu treffen gegen den Mibrauch der Immunität durch Reichstagsabgeordnete, die gleichseitig als verantwortliche Redakteure stehen und auf diese Weise ihre Blätter dem gesetzlichen Zugriff entziehen.

Die Beratung des Dsthilfsgeetzes wird im engen Zusammenhang mit der Erarbeitung geschehen, und im besonderen wird das Schicksal des Dsthilfsgeetzes davon abhngen, ob der Reichshausrat fr 1931 eine parlamentarische Erledigung findet, oder ob er durch Notverordnung erlassen werden mu. Im Falle der parlamentarischen Erledigung wird sich, wie der Reichsfinanzminister schon frher angelinigt hat, eine grere Basis fr die Dsthilfe ergeben, und zwar vom Jahre 1932 ab. Es wird im wesentlichen also von der Landvolk-Partei abhngen, ob sie sich entschliet, dem Etat zuzustimmen, um auf diese Weise eine vergrerte Dsthilfe zu schaffen.

Die Kabinettsbildung in Paris

Paris, 28. Januar.
Caval hat seine Besprechungen fortgesetzt und hintereinander die Fhrer fast jmllicher Kammergruppen sowie verschiedene Senatoren empfangen. Aus den Erklrungen, die sowohl Caval selbst als auch verschiedene Parlamentare abgegeben haben, geht hervor, das an eine geschlossene Mitarbeit der Radikalsozialisten in der neuen Regierung nicht zu denken ist.

Andererseits besteht jedoch Aussicht, das ein Teil der Gruppe Dabadi bereit ist, die Regierung zu untersttzen. Auch kann Caval mit der Mitarbeit der radikalsozialistischen Senatoren rechnen, die der Dstizipin der Parteigruppe nicht unterworfen sind. Es scheint daher nicht ausgeschlossen, das in der neuen Regierung einige radikalsozialistische Bertrantfndlich bereits



rtikelfhrenden, die aus dem Kreise Lardieus gegen diesen Bericht eines Antrages zur Brgertischen Konzentration vom Antrag an in Szene gesetzt wurden, und die bei der ersten ernsthaften Belastungsprobe, zumal sie auch durch einen neuen Standal verjrt war, das Kabinett in die Minderheit brachte.

Nach einigen vergeblichen Versuchen, den Gedanken der Konzentration der brgertischen Parteien zu retten, ist nun ein neues Rechtsministerium zustande gekommen unter Fhrung Cavals und unter Betragung berwhter alter Politiker mit den wichtigsten Rekruten.

Die sehr umfangreiche Ministerliste, bei der auch die Besetzung der Unterstaatssekretariate mit zu beachten ist, fordert den Vergleich mit der Liste des Kabinetts Lardieu direkt heraus, und dieser Vergleich lehrt, das die Regierung Lardieu in uferlich etwas abgeandelter Form wiedererstande ist.

Unmittelbar vor der Bildung dieses Kabinetts hatte Caval noch einen Besuch gemacht, die Radikalen fr sich zu gewinnen, und er hatte ihnen in sozialpolitischer und kulturpolitischer Hinsicht sehr weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Die grundsätzliche Gegnerin der radikal Partei gegen die republikanisch-demokratische Gruppe Marin aber hat diesen Versuch scheitern lassen, und mit schneller Wendung hat sich Caval dann ausschlielich auf die Kreise der Rechten zurckgezogen. In der Liste seiner Mitarbeiter erscheint Lardieu als Vizekabinettsminister, oder die Funktion, die er tatschlich in diesem Kabinett einnehmen wird, ist doch wohl eine erheblich bedeutsamere.

Briand ist Auenminister geblieben, das Kriegsministerium liegt in den Hnden von Maginot, die Finanzen verwaltet wieder Florin, und sonst sind die Vnderungen in der personellen Zusammenlegung gegenber dem frheren Kabinett Lardieu im wesentlichen durch zwei Tatsachen bedingt: einmal durch die Weche Lardieus an denjenigen seiner frheren Mitarbeiter, die sich schon trotz der Quertreibereien Lardieus zur Berichtigung gestellt hatten und nun vor die Trr gezt werden, und zum anderen durch die Notwendigkeit, eine Reihe von Personalititten auszubooten, die durch den Dstizip-Standard in allzu peinlicher Weise belastet worden sind.

Angesichts der eindeutigen Rechtsorientierung des neuen Kabinetts wird der parlamentarische Kampf in Frankreich mit erneuter, ja mit gesteigerter Heftigkeit entbrennen.

Die Bemhungen aller einschltigen Politiker gingen darauf hinaus, diesen Kampf einzufrdern und die Krfte fr die schmeren Aufgaben sozialpolitischer, finanzieller, wirtschaftlicher und kultureller Art zu sammeln, vor denen Frankreich steht. Diesem Ziel sollte der Gedanke einer Konzentration der Regierung aller brgertischen Parteien dienen, der Gedanke, um den sich nach dem Sturz Lardieus abgegebene Politiker Frankreichs mit aller Entschiedenheit bemht hatten, der aber dann schlielich in dem Kabinett Steeg nur eine teilweise und von vornherein unter dieser Halbheit geschwchte Fhlung gefunden hat. An die Stelle der erischen Berufung tritt nun neuer Kampf, und gute Anstze sind grndlich zertrrt worden.

„Nicht nur Sicherheiten“

... auch Angst vor der deutschen Industrie.
Einige Pariser Bltter, besonders das „Journal“ und das „Deuore“, zeigen sich ber die deutsche AuBenhandelsbilanz uferlich beunruhigt. Sie verlieren, ihre Hehle zu besttzen, das weder die Reparationslisten noch die Arbeitslosigkeit Deutschland in seiner Zustimmung geendet haben. Das „Journal“ schreibt u. a., das Ergebnis miffe um so mehr untersttzen werden, als es in einem Augenblick bekannt wurde, in dem man deutscherseits immer wieder auf die Unhaltbarkeit des Youngplans aufmerksam machte. Interessant sei die Feststellung, das der deutsche AuBenhandel dank der Seadhlungen des Youngplans England berschligt habe und mehr und mehr an die erste Stelle nach Amerika gerickt sei.

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist aufergewhnlich gesund, obwohl die Industrie nicht vollstndig ausgekult wird.
Das Blatt fragt, welches die Macht Deutschlands wre, wenn es seine Industrie voll beschftigen wrde. Die gleiche Frage wirft auch das „Deuore“ auf. Es verlangt die Einberufung einer internationalen Konferenz fr die Einschrnkung der AuBentterzeugung. Man drfte nie vergessen, so betont das Blatt, das die Friedenszeitungszeit in vieler Hinsicht auch eine Kriegsgefahr in sich schliefen. Wenn Brining in seiner letzten Rede darauf hingewiesen habe, das die Aufstellung eines Zehnjahresplanes notwendig ergeine, so knne man nur von einer Industrialisierung mit aller Gewalt sprechen. Diese knne fr Deutschland unter Umstnden sehr gefhrlich werden.

„Der Sieg Polens“

Die Warschauer Presse zum Genfer Ergebnis.
Warschau, 27. Januar.
„Der Bericht des Vllterbundes ein voller Sieg Polens!“ so schreibt die polnische Presse zum Genfer Ergebnis. Das maßgebendste Regierungsbllatt, die „Gazeta Polska“, findet

logar, das der Bericht sich vllig mit dem polnischen Standpunkt decke.

Mit besonderer Befriedigung hebt die polnische Presse allgemein hervor, das in dem Katsbericht weder von einem Sonderanspruch noch von einer Aufzhlung des Zustndlichenvertrabes in Oberflchen die Rede sei. Die „Gazeta Polska“ erklrt folgendes: „Wie vorauszu sehen war, hat der deutsche politische Angriff, der unter dem Vorwand der Ministerienfrage gegen Polen gefhrt wurde, einen vlligen Mißerfolg erlitten.“ Das Schlofferblatt „Kurier Borussia“ begrndet die Rede des Reichsaussenministers Curtius als das Wdiger eines Staatsanfalls in einem großen Strafprozeß mit politischem Charakter. Der „Kraauer Illustrierte Kurier“, der in diesem Kreise nicht fehlen darf, sieht sich veranlat, festzustellen, das die deutschen Verurthe, in Bezug ein polenfeindliches Genetier zu entwerfen, erfolglos geblieben seien. Die Dstizipanten der beschrnkten sich zunchst lediglich darauf, die Genfer Beschlffe kommentarlos wiederzugeben.

Regierungswechsel in England?

Das englische Kabinett vor dem Rcktritt.

London, 27. Januar.
Das englische Kabinett hat sich, wie Informationen der Londoner Presse belegen, zum Rcktritt und zur Ausschreibung von Neuwahlen entschlossen, falls am Mittwochabend gelegentlich der zweiten Lesung des neuen Gewerkschaftsgesetzes das Unterhaus gegen die Regierung stimmen sollte.

Die Mehrheit der Arbeiterschaft ber die Konfessionsabstimmung betrgt 26 Stimmen. Die Vllteraten haben sich offiziell entschieden, an der Abstimmung nicht teilzunehmen, jedoch kann erwartet werden, das eine gewisse Anzahl von 10 bis 15 den Einwendungen Sir John Simons gegen das Gesetz Gehr schenken und gegen die Regierung stimmen wrde. Andererseits ist es mglich, das auch eine gewisse Anzahl entgegen der von Lord George ausgegebenen Parole sich auf die Seite der Regierung stellt. Unter diesen Umstnden ist der Ausgang der Abstimmung, die vielleicht eine der wichtigsten der gegenwrtigen Sitzungsperiode ist, sehr zweifelhaft. Die Regierung macht sich ber den Ernst der Lage keine Illusionen, hofft aber natrlich auf eine ihr gnstige Entscheidung, sei es auch mit einer geringen Mehrheit.

Die Politik des Zentrums.

Fr die Groe Koalition. — Gegen die extremen Parteien.
Dortmund, 28. Januar.

Auf dem Parteitag der weiflichen Zentrumspartei hielt der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, Dr. Heff, eine vielbesetzte Rede ber die innere Lage, ber die Zusammenarbeit der Zentrumsfaktionen des Reichstags und des Landtags, ferner ber die Stellung des Zentrums in der Koalitionsfrage und ber das Verhltnis des Zentrums zu den Nationalsozialisten. Da die Rechte im Reichstag verlor, habe sich Brining, so erklrte er, auf die Sozialdemokratie sttzen miffe, eine Jaungsstufigkeit, an der man nicht vorbeikomme. Das in Preußen das Zentrum noch mit der Sozialdemokratie in Koalition stehe und die frher bestehende Groe Koalition gekrgert worden sei, liege nicht am Zentrum. Dies habe die Deutsche Volkspartei verhindert, die ihren Fehler auch mit der Zeit eingesehen habe. Die Mission des Zentrums sei, die militrre Linie einzuhalten, seine Aufgabe, im Interesse des Vaterlandes die beiden groen extremen Parteistellungen auseinanderzutrennen.

Nach allen politischen Erfahrungen habe die Groe Koalition die beste Basis fr die politische Arbeit abgegeben. Das Zentrum habe sich bemht, die Idee der Groen Koalition auch unter Dr. Brining am Leben zu erhalten. Dieser Mission miffe das Zentrum treu bleiben, so diene es am besten dem Vaterland.

Am Nationalsozialismus erlitten das Zentrum eine Gefahre fr die katholischen Belange des katholischen Volkes. Der Nationalsozialismus sei ein Auslnder der von den deutschen geschichteten antikatholischen Werte, gegen die man sich zu wehren wiffe. Auf diese Aufgabe stelle sich das Zentrum ein.

Nach lngerer Aussprache wurde eine Entschlieung einstimmig angenommen, in der es allen Zentrumsangehorigen zur unabweisbaren Pflicht gemacht wrde, sich vllig eindeutig zum deutschen Gegenwartsstaat zu bekennen und mit fhrerer Hingabe am drngenden politischen Aufbau mitzuarbeiten. Dem Reichstanzler Dr. Brining wrd das Vertrauen ausgesprochen.

Aus dem Freistaat Thringen.

Staatsminister Dr. Frid ber seine Ministerkabinettsliste.
Weimar, 27. Januar
Staatsminister Dr. Frid sprach in einer Rundgebung, die von den Nationalsozialisten aus Anlaß des einjhrigen Bestehens der gegenwrtigen Thringischer Regierung veranstaltet worden war, ber seine Ministerkabinettsliste.
Bei allen seinen Maßnahmen habe er sich von dem Gedanken leiten lassen, das die Voraussetzungen fr die Befreiung Deutschlands der Zusammenstufung des ge-